

Leipziger Tageblatt

und
Handels-Zeitung

Abend-Ausgabe

115. Jahrgang

Bezugspreis: für Leipzig und Vororte jährlich 10 Mark, halbjährlich 5 Mark, vierteljährlich 2 Mark 50 Pf. für Abnehmer außerhalb Leipzig und Vororte jährlich 12 Mark, halbjährlich 6 Mark, vierteljährlich 3 Mark 50 Pf. Einzelhefte 10 Pf. Auslandspostzuschlag 20 Pf. für die Post. Einzelhefte 10 Pf. für die Post. Einzelhefte 10 Pf. für die Post.

Das Leipziger Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen des Reichs und des Volksrates der Stadt Leipzig, des Landgerichtes Leipzig, sowie verschiedener anderer Behörden.

Anzeigenpreis: für Leipzig und Vororte 10 Pf. pro Zeile, für die Provinz 15 Pf. pro Zeile, für die Fremde 20 Pf. pro Zeile. Kleinanzeigen 5 Pf. pro Zeile. Kleinanzeigen 5 Pf. pro Zeile. Kleinanzeigen 5 Pf. pro Zeile.

Nr. 496

Montag, den 10. Oktober

1921

Wendung in der Entscheidung über Oberschlesien

(Eigener Drahtbericht.)

Genf, 10. Oktober.

In der oberschlesischen Frage, die unmittelbar vor der Entscheidung steht, muß sich im letzten Augenblick noch eine neue Wendung vollzogen haben, über deren Ursachen und mögliche Folgen natürlich nichts Bestimmtes bekannt ist. Für Sonntag nachmittag 4 Uhr war eine Sitzung des Völkerbundesrates angeberufen worden, bei der es sich um eine wichtige Angelegenheit, also wahrscheinlich um Oberschlesien, handeln sollte. Es wäre dies die erste Sitzung des Völkerbundesrates gewesen, die sich nach der Übertragung der Angelegenheit an die Vorkommission mit der oberschlesischen Frage beschäftigt hätte. Diese Sitzung ist nun Sonntag vormittag plötzlich abgebrochen und auf Montag 10½ Uhr verschoben worden. Dagegen versammelte sich die Vorkommission im Generalsekretariat des Völkerbundes gegen 5½ Uhr nachmittags.

Die gegenwärtige Lage scheint etwa folgende zu sein: Die Vorkommission des Völkerbundes hat sich über einen Teilungsplan einig geworden, der einen größeren Teil des Industriegebietes und fast den ganzen Kreis Kattowitz bei Deutschland beläßt, dagegen Polen den Kreis Wlask und größere territoriale Kompensationen im Nordosten der Provinz (in den Kreisen Lublitz und Kolenberg) zuteilt. Die Vereinigung der deutschen und polnischen Arbeiterführer, die nicht mit gleicher Intensität, aber doch ziemlich übereinstimmend die Unteilbarkeit des eigentlichen Industriegebietes erklären, soll nunmehr bei der französischen Regierung wieder den Plan in Erinnerung gebracht haben, das Industriegebiet zu „neutralisieren“, und zwar gemeinsam mit einer deutsch-polnischen Verwaltung unter Oberaufsicht des Völkerbundes für eine längere Reihe von Jahren. Nach anderen Lesarten soll diese „dreigliedrige“ Kommission die Aufgabe haben, nur wirtschaftliche Streitigkeiten beizulegen. Dieser Gedanke sei von dem belgischen Delegierten Symans ausgegangen und schließlich von seinen Kollegen gebilligt worden. Gerüchte verlauten, daß auch die englische Regierung in gewissen untergeordneten Einzelheiten Einwendungen gegen die vorgeschlagene Grenze erhoben habe.

Nach dem Bericht des Genfer Korrespondenten des New York Herald hingegen liegt die Entscheidung des Völkerbundes über Oberschlesien den Mächten bereits vor. Diese hätten sich jedoch geweigert, ihren Vertretern im Völkerbundrat deren Billigung zu gestatten, falls nicht gewisse Änderungen getroffen würden. Es verlautet, daß ein nichteuropäisches Mitglied des Völkerbundesrat gebrocht habe, sich von der ganzen Angelegenheit zurückzuziehen. Inzwischen würden Geheimversammlungen über die vorgeschlagene Lösung fortgeführt.

Die Rückkehr des Reichskanzlers

Berlin, 10. Oktober.

Reichskanzler Dr. Wirth trifft von seiner Urlaubreise nach Baden heute abend wieder in Berlin ein. Seine Rückkehr erfolgt früher, als ursprünglich geplant war, da die oberschlesische Frage in ihr kritisches Stadium getreten ist.

Der Essener Pazifistenkongress

(Eigener Drahtbericht.)

Essen, 10. Oktober.

Sonntag vormittag fand hier unter außerordentlich lebhafter Beteiligung die öffentliche Zusammenkunft des Pazifistenkongresses statt. Auserkennend war die überaus starke Anteilnahme der pazifistischen Jugend. An erster Stelle sprach Hr. Baer über Pazifismus und Jugend; sie erntete starken Beifall.

Landtagsabgeordneter Ruskke, als Vertreter des verbotenen Reichstagsabgeordneten Hermann Müller, referierte über Pazifismus und auswärtige Politik. Eine auswärtige Politik sei heute nur möglich auf pazifistischer Grundlage. Das deutsche Volk könne nicht ohne Gefahr gegen die Behauptung der Herrschaft protestieren, daß das deutsche Heer im Weltkrieg von hinten erbrocht worden sei, und man habe vielmehr den Krieg von vorn verloren.

Redakteur Armin I. Wegener-Berlin sprach über „Pazifismus und Persönlichkeit“. Seine Ausführungen gipfelten darin, daß man ohne Jögern sich entscheiden müsse, weder freiwillig noch gezwungen an Gewalttätigkeiten des Staates und der Regierung teilzunehmen, d. h., weder den Beruf eines Soldaten noch eines Militärs oder Beamten, noch eines Militärarztes anzunehmen, keine Arbeiten in den Fabriken zu verrichten, die für den Heeresdienst arbeiten, keine Steuern zu zahlen, deren Ertrag für den Krieg oder die Vorbereitung künftiger Kriege dienen soll. Keine Macht der Erde könne den Menschen gegen seinen Willen zwingen, sich für Gewalttätigkeiten einzusetzen, die er vor seinem Gewissen nicht verantworten kann. Er habe nicht nur das Recht, sondern auch die Pflicht, jede Teilnahme an unethischen Handlungen, wie sie der Menschenwürde bedenklich zu verweigern.

Drauf Redner sprach über das Thema Pazifismus und Arbeiterbewegung. Wir müssen einen Weltzustand schaffen, der den Militarismus den Grund auf unmöglich macht; dazu können vor allem die Gewerkschaften ihre unerlässliche Arbeit in den Dienst der Allgemeinheit stellen. Was habe der Krieg zur Folge gehabt? Eine Weltwirtschaft, wie sie die Weltgeschichte bisher nie gekannt, eine Weltbewertung, die Not und Elend in die breiten Schichten der Bevölkerung getragen hat. Mit einem Mahnruf an die Arbeiter zur Mitarbeit schloß der Redner.

Schneider-Sachsen in den Reichswirtschaftsrat berufen. Der bekannte sächsische Abgeordnete der Nationalversammlung Schneider-Sachsen ist in den Reichswirtschaftsrat berufen worden.

den. Da Schneider in der Nationalversammlung als Mitglied der demokratischen Fraktion sich der Interessen der Angestellten stets warm angenommen hat, werden diese in ihm auch im Reichswirtschaftsrat eine erwünschte Stütze finden.

Sozialistisches Kabinett in Schweden

Der König hat Erlaubnis erteilt, das Kabinett zu bilden. Branting hat den Auftrag angenommen.

Die englische Aktion zum Wiederaufbau des Welt Handels

Internationale Zusammenarbeit gefordert.

(Eigener Drahtbericht.)

London, 10. Oktober.

Im Daily Chronicle veröffentlicht ein bekannter Politiker unter dem Pseudonym „Observer“ den ersten Artikel einer Serie über die Politik, welche zum Wiederaufbau des Welt Handels geführt werden mußte. Er empfiehlt zu diesem Zweck gemeinsames Vorgehen und Zusammenarbeit zwischen Kapital und Arbeitern, um die Kosten der Produktion herabzudrücken. Der internationale Wohlstand und die Ersparnisse des Volkes müßten herangezogen werden, um neue Arbeitsmöglichkeiten zu schaffen. Das akute Problem der Arbeitslosigkeit müßte ebenso energisch bekämpft werden, wie das dringende Problem des Arbeitsmangels. Ferner empfiehlt der Verfasser internationale Zusammenarbeit auf folgender Basis:

Allgemeine Streichung der internationalen Schulden und Kriegsverpflichtungen mit Übernahme der Kosten des Wiederaufbaues der zerstörten Gebiete. Wenn ein allgemeines internationales Abkommen nicht erzielt werden könne, dann sollten wenigstens die Kriegsschulden der Alliierten an Großbritannien getilgt werden. Jeder Versuch, die Schuld zu zahlen, sei für den Gläubigerstaat ebenso unangenehm wie für den Schuldnerstaat. Er bewirke die Verschleppung unangenehmer und schließlich den Export des Gläubigerstaates an den Schuldnerstaat. Der Versuch Englands, den Ausfuhrhandel unter den bestehenden Ausführschemen wieder auf die Höhe zu bringen, könne in Europa keinen Erfolg haben. Die Abnehmerstaaten müßten besser instand gesetzt werden, um bezahlen zu können. Kredite sollten auch für Rohstoffe gewährt werden. Die Zolltarife sollten nach Möglichkeit vermindert werden, die Wechselkurse sollten stabilisiert werden, indem der Druck von Papiergeld eingestellt und der Verkauf gemacht werde, eine internationale Valuta zu schaffen. Der Handel mit Rußland müsse gefördert, die Abhängigkeiten eingestrichelt werden.

Ein Aufruf der Wiener Regierung

(Eigener Drahtbericht.)

Wien, 9. Oktober.

Im Wege der politischen Korrespondenz erklärt die Wiener Regierung angesichts der Panikstimmung, der überstürzten Kursgestaltung und verschiedener Gerüchte über eine Umkehrbewegung eine „Aufforderung“ an die Bevölkerung, die vor einer Stimmung gemarnt wird, welche zu einer Katastrophe führen könnte. Es heißt in dem Aufruf u. a.:

Die Lage Österreichs ist gewiß unerquicklich, hoffnungslos ist sie aber nicht. In der Burgenlandfrage ist es die Aufgabe aller, den unerklärlichen Rechtsantritt Österreichs trotz allem und allem aufrecht zu erhalten. Die Regierung, die im Begriffe steht, dieses Recht mit allen Kräften und vor den Augen ganz Europas zu verteidigen, ermahnt die Öffentlichkeit, ihr das Bewußtsein mit auf den Weg zu geben, daß hinter ihr nicht ein müßiges, sondern ein selbstvertrauensvolles Volk steht. Auch aus der wirtschaftlichen Krisensituation muß Österreich den Weg zur wirtschaftlichen Vernünftigkeit zurückfinden.

Es muß festgestellt werden, daß die Kreditation trotz der Verzögerung ihren Fortgang nimmt. Auch ist der Tiefstand der Krone wirtschaftlich und politisch vollkommen unbegründet. Die Regierung erklärt mit allem Nachdruck, daß Österreich gewiß nicht am Ende seiner Hilfsquellen ist, daß sie in ganz kurzer Zeit das Valutalend bekämpfen wird. Durch Ausführung des bereits feststehenden Wirtschaftsplanes wird nach und nach die Aufwärtsbewegung sichtbar werden. Auch darüber darf die Bevölkerung beruhigt sein, daß einmaligen Versuchen politischer Wirtstöpfe, den Ernst der Lage zu unbedachten Taten auszunutzen, entgegengetreten wird und diese von vornherein zum Scheitern verurteilt werden, da die Regierung ihnen von Anfang an entgegenwirten wird.

Nächtliches Bombardement

Wien, 9. Oktober.

Aus Wiener-Neustadt wird gemeldet: Gestern nacht wurde die Bevölkerung durch Schießereien in der nächsten Umgebung der Stadt beunruhigt. Die ungarischen Infanteristen begannen um 11 Uhr nachts die Leithabrische nächst Wiener-Neustadt zu beschießen. Die Reichswehr brachte das gegnerische Feuer zum Stillstand. Um 4 Uhr begannen die Infanteristen wieder, die sich im Leithabrische festgesetzt hatten, die Ortsschaft Eiböbel bei Kratzelsdorf unter Feuer zu nehmen. Es wurde mit Maschinengewehren geschossen. Das Hauptziel war das Schloß Eiböbel, in dem deutschösterreichische Gendarmen untergebracht sind. Die Wunden wurden aus ihren Stellungen vertrieben. Die Ortsbewohner von Eiböbel sind nach Wiener-Neustadt geflüchtet.

Der österreichische Bundeskanzler Schöber ist Sonntag abend nach Venedig abgereist. Auch der ungarische Ministerpräsident Graf Bethlen und der Minister des Aeußern, Graf Banffy, sind abgereist.

Die Neuordnung der Gemeindeverfassung in Sachsen

Von

Oberbürgermeister Dr. Käp, M. d. R.

IV.

Einheitsvertretungskörperschaft.

Die sächsischen Gemeinden haben bisher verschiedene Systeme der Gemeindevertretungen. In den Landgemeinden ist der Gemeinderat die einzige Körperschaft, die als beratende und beschließende Behörde für alle Gemeindeangelegenheiten besteht. Die Einrichtung hat sich in den Landgemeinden bewährt. Die 58 Städte mit der Städteordnung für mittlere und kleine Städte haben ebenfalls im Stadgemeinderat nur eine Vertretungskörperschaft. Von den 85 Städten mit revidierter Städteordnung haben ebenfalls 10 einen Stadgemeinderat, während die übrigen Städte zwei Vertretungskörperschaften haben: einen Stadtrat und ein Stadtverordnetenkollegium. Der Entwurf sieht für alle Gemeinden im Gemeinderat eine Einheitsvertretungskörperschaft vor. Damit ist die Frage zur Entscheidung gestellt, ob ganz allgemein die Vollzugsbehörde und Verwaltungsbehörde mit der Vertretung der Gemeindebevölkerung in einer Einheitskörperschaft zusammengefaßt werden soll, oder ob in den Gemeinden mit vorgeschrittener Entwicklung so wie bisher eine Vollzugs- und Verwaltungsbehörde, der Stadtrat, selbstständig neben dem Repräsentativ-Kollegium, den Stadtverordneten, stehen soll.

Die Frage wird gewöhnlich auf Einkammersystem oder Zweikammersystem abgestellt. Diese Fragestellung ist grundsätzlich. Über noch könnte man den Stadtrat mit der Regierung und die Stadtverordneten mit dem Parlament vergleichen. Aber auch dieser Vergleich ist noch fehlerhaft. Die Kernfrage ist die, ob man die unmittelbar aus der Gemeindebevölkerung gewählte Vertretungskörperschaft zugleich alleinige Trägerin der Verwaltung sein lassen will, oder ob man aus dieser Vertretungskörperschaft heraus, so wie beim Staate aus dem Parlament, eine Vollzugs- und Verwaltungsbehörde schaffen will.

Die Forderung nach der Einheitsvertretungskörperschaft hat politischen Anstrich erhalten, nachdem auf dem sozialdemokratischen Parteitag zu Bremen im Jahre 1904 sie in einer Resolution angenommen worden ist, ohne freilich in das Gemeindefortschrittsprogramm der sozialdemokratischen Partei Sachsens übernommen worden zu sein. Die Unabhängige Sozialdemokratie erhebt diese Einheitsvertretungskörperschaft als grundsätzliche Forderung. Es ist demgegenüber zunächst festzustellen, daß die Frage nach einer Einheitsvertretungskörperschaft oder nach einer Beibehaltung des Dualismus auch vom Standpunkte demokratischer Ordnung des Gemeindefortschritts an sich keinen politischen Grund hat zu berühren braucht. Wir haben auch in den staatlichen Gebilden Demokratien mit einem Einkammersystem und Demokratien mit einem Zweikammersystem, ohne daß man sagen könnte, welches System das absolut beste sei. Genau so gut kann der Wille der Gemeindebevölkerung in einem Einheitsvertretungskörper zur Geltung kommen, wie bei einer dualistischen Vertretung, und unter beiden Systemen kann der Wille der Gemeindebevölkerung geltend gemacht werden.

Es ist deshalb in erster Linie aus dem Bedürfnis der praktischen Verwaltung heraus die Frage zu prüfen und zu entscheiden, ob eine Einheitsvertretungskörperschaft auch für die Gemeinden geboten ist, die bisher eine dualistische Vertretung haben; in zweiter Linie würde die Frage zu prüfen sein, ob im besonderen die vom Entwurf entwickelte Art der Einheitsvertretung brauchbar ist.

Ein verwaltungsmäßiger Qualitätsunterschied zwischen den Gemeinden in Deutschland mit einer Einheitsvertretung und denen mit einer dualistischen Vertretung besteht nicht. Daraus folgt allein schon mit zwingender Notwendigkeit die verwaltungsmäßige Gleichwertigkeit der beiden Systeme. Während die Einheitsvertretung den Vorzug der strafferen Zentrifaktion und unter Umständen auch den der größeren Schnelligkeit und Einfachheit in der Geschäftshandhabung hat, gewährleistet das Vorhandensein von zwei Körperschaften eine intensivere und ausgeglichene Sachbehandlung. Es ist ganz selbstverständlich, daß die Durcharbeitung wichtiger Fragen in zwei selbständigen Körperschaften eine größere Sorgfalt und eine größere Stetigkeit im Gefolge haben muß. Für sächsische Verhältnisse ist die einfache Tatsache festzustellen, daß in der überwiegenden Mehrzahl der bedeutenden Stadgemeinden die dualistische Vertretung historisch und vor allem organisatorisch eingewurzelt ist, und daß aus Rücksicht der praktischen Verwaltung heraus bisher an keiner Stelle auch nur das entfernteste Bedürfnis zur Beseitigung dieses Systems empfunden worden ist. Und das ist das Ausschlaggebende. Jede gefundene Weiterentwicklung muß aus dem Zeitbedürfnis geboren sein. Niemand wird den Beweis führen können, daß die Abschaffung der Stadtverordneten in Sachsen ein Zeitbedürfnis sei. Wohl aber würde gegenwärtig der denkbar ungünstigste Zeitpunkt sein, die Verwaltungsorganisation gerade der bedeutendsten Gemeinden umzukrüppeln. Auf allen Verwaltungsebenen arbeitet gerade jetzt der Apparat in den Gemeinden unter einer solchen Hochspannung und in einem so feingepannten und